

ÖGB-FACTSHEET: Erste Analyse des Doppelbudgets 2027/2028

Gewerkschaftlicher Druck bringt einige Verbesserungen - doch eine Budgetsanierung ohne gerechte Millionärssteuern bleibt unfair.

Das Wichtigste zuerst:

- Die Regierung will 5 Milliarden Euro einsparen. Davon sind auch Arbeitnehmer:innen, Familien und Pensionist:innen betroffen. Zwei Milliarden Euro davon fließen in die Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmen. Mindestens eine halbe Milliarde Euro wird in wichtige Bereiche wie Pflege, Bildung und den Arbeitsmarkt investiert.
- Große Unternehmen und Spitzenverdiener:innen werden künftig mehr zum Budget beitragen. Es fehlen aber weiterhin Steuern auf Millionenvermögen und große Erbschaften. Dadurch hätten Belastungen für Beschäftigte und Familien verhindert werden können.
- Kürzungen bei Arbeitslosen, Pensionen und Familienleistungen sowie Einsparungen im Öffentlichen Dienst und bei der Infrastruktur schwächen die soziale Sicherheit und bremsen die Wirtschaft.

Die österreichische Wirtschaft und der Arbeitsmarkt stehen aufgrund globaler Krisen und zwei Jahren wirtschaftlichen Rückgangs unter starkem Druck. Beinahe alle Gruppen tragen zur Budgetsanierung bei und die Lasten werden etwas breiter verteilt.

Kritisch bleibt aus Sicht des ÖGB, dass es weiterhin keine Steuern auf große Vermögen und Erbschaften gibt, die eine gerechtere Verteilung der Sanierungsbeiträge ermöglichen würden. Ohne Lohnnebenkostensenkung für Unternehmen hätten Einsparungen bei Arbeitnehmer:innen, Pensionist:innen, Arbeitslosen oder Familien noch deutlich reduziert werden können.

Das haben wir erreicht:

Arbeitsmarktpolitik: Die Mittel für das Arbeitsmarktservice (AMS) bleiben trotz Spardrucks relativ stabil.

Pflege und Elementarpädagogik: Jährlich fließen 100 Millionen Euro in die Pflege. Mehr Geld gibt es auch für den Ausbau der Elementarpädagogik.

Pflegegeld: Das Pflegegeld wird weiterhin an die Inflation angepasst. So bleibt die Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen gesichert.

Steuergerechtigkeit: Große Unternehmen und Banken leisten einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Budgets. Damit wird die Budgetsanierung ausgewogener gestaltet.

Das sehen wir kritisch:

Arbeitsmarkt & Soziales:

Arbeitslosenversicherung-Beitragsstaffelung: Die schrittweise Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge belastet Geringverdiener:innen und schwächt den Konsum.

Notstandshilfe: Kürzungen bei Pensionsbeiträgen für Arbeitslose könnten Altersarmut fördern.

Telearbeits-Pauschale: Die Abschaffung der steuerfreien Homeoffice-Pauschale belastet Arbeitnehmer:innen zusätzlich.

E-Autos: Die private Nutzung von Firmen-E-Autos soll künftig als Sachbezug besteuert werden.

Pensionen & Familie:

Pensionsanpassung: Pensionen bis 6.930 Euro brutto pro Monat steigen um 2,95 Prozent und damit knapp unter der aktuell erwarteten Inflationsrate. Pensionen über 6.930 Euro werden mit einem monatlichen Fixbetrag von 204,44 Euro angehoben. Der Ausgleichszulagenrichtsatz soll um 3,3 Prozent steigen.

Familienbonus Plus: Beim Familienbonus Plus wird für Kinder ab vier Jahren ein Teil fix dem Elternteil mit dem geringeren Einkommen zugeteilt. Das soll die Erwerbstätigkeit beider Eltern fördern, kann aber besonders Teilzeitbeschäftigte benachteiligen.

Einfrieren von Familienleistungen: Familienleistungen wie Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld werden 2028 nicht an die Inflation angepasst.

Öffentlicher Dienst & Infrastruktur:

Bahnausbau: Verschiebungen von Ausbauprojekten gefährden den Klimaschutz und die Infrastrukturentwicklung.

Stellenabbau: Nicht-Nachbesetzungen im Öffentlichen Dienst könnten zu Überlastung und schlechterem Service führen.

Lohnnebenkostensenkung:

Die Beiträge der Unternehmen zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) werden dauerhaft gesenkt. Familienleistungen wie die Familienbeihilfe, die Schulbuchaktion oder das Kinderbetreuungsgeld müssen nun verstärkt aus dem allgemeinen Budget finanziert werden. Dazu leisten auch Unternehmen Beiträge, die leider zum Teil zeitlich befristet sind.

FAZIT

- Das Doppelbudget bringt wichtige Investitionen, vor allem in Pflege und Bildung, und mehr Steuergerechtigkeit.
- Gleichzeitig gibt es aber auch Sparmaßnahmen, die Arbeitnehmer:innen, Familien und den Öffentlichen Dienst belasten.
- Kritisch sehen wir die Lohnnebenkostensenkung und, dass weiterhin keine Steuern auf große Vermögen vorgesehen sind - das wäre wichtig für mehr Gerechtigkeit und eine sichere Finanzierung.